

seier Spitzengremien abgeschlossen und eine einheitliche Linie gefunden sein».²²⁾ — Jetzt wird eingespurt, wir werden aus der einmal von uns oder für uns gewählten Spur kaum mehr herauskommen, jetzt fallen die Entscheidungen, nicht vor drei Jahren, nicht in drei Jahren, jetzt, mit der Erweiterung der EWG, wird Europa in Umrisen auch für uns gestaltet. Wie sehr sich die Schweiz, ein in Jahrhunderten in europäischen Entwicklungen erfahrener Staat, dieser Tatsache bewußt ist, spricht aus dem Bericht des Bundesrates zur EWG: «Die heute angestrebte Erweiterung der europäischen Gemeinschaften wird bestimmend sein für die zukünftige Organisation Westeuropas. Diese Entwicklung geht die Schweiz unmittelbar an.»²³⁾ In der kürzlichen Diskussion des schweizerischen Nationalrates²⁴⁾ über den EWG-Bericht fielen seitens der bundesrätlichen Sprecher Worte wie «Diskussion historisch», «Irreversibilität des Abkommens», «Bundesrat vor der wohl schwersten Aufgabe», und es wurde an das Parlament appelliert: «Helfen Sie uns, wir haben nur noch ein Jahr Zeit.» Ein junger englischer Abgeordneter hat erklärt, daß er sich voll bewußt sei, was die bevorstehende Verbindung mit der EWG für Großbritannien bedeute; sein ganzes Leben lang werde er nicht mehr an einem Ereignis von gleichem Rang teilnehmen können. Er und zwanzig andere junge Abgeordnete des Unterhauses haben sich gegenseitig — populär oder nicht — verpflichtet, durch Monate sozusagen jeden Abend in England Reden für Europa zu halten. Es ist beeindruckend, mit welcher geistigen Präsenz die anderen Länder den geschichtlichen Stellenwert der Geschehnisse erkennen und ihren Gang mitzugestalten versuchen. Wie sträflich wäre es für uns, ohne die sehr engen Grenzen unserer Möglichkeiten auch nur einen Moment zu überschätzen, zuzuwarten, bis alle anderen, die EWG und die Schweiz, ihre Pläne oder gar ihre Verhandlungen abgeschlossen haben.

Liechtenstein ist aber auch ganz allgemein und fast allenthalben vor die Probleme der Integration gestellt. Die Konsequenzen unseres heutigen Verhaltens betreffen alle, Rote, Schwarze und Grüne und andere. Es kann nicht Sache eines ohnehin geplagten Regierungschefs sein, personell und zeitlich überfordert, solche überwältigenden Probleme allein lösen zu wollen, ja nicht einmal Sache einer einzelnen Partei. Was hat denn eine Koalition für einen Sinn (und die Erklärung, daß die Außenpolitik der Regierung gemeinsam sei), wenn

²²⁾ Regierungschef Dr. Hilbe in «Die Welt» vom 24. 8. 1971.

²³⁾ Bericht des Bundesrates über «Die Entwicklung der europäischen Integrationsbestrebungen und die Haltung der Schweiz» vom 11. 8. 1971, Seite 96.

²⁴⁾ Debatte im Eidgenössischen Nationalrat vom 27. 9. 1971) zitiert aus NZZ vom 28. 9. 1971 II.